



In vielen Familien übernehmen Mütter tendenziell mehr Haushaltspflichten als Väter.

Forschungsergebnisse

Digitalisierung hilft bei Bewältigung der Krise

Forschungsergebnisse

Sozialkapital bremst Corona-Ausbreitung

Standpunkt

Wiederaufbaufonds: ein Solidaritätsinstrument

Foto: © iStockphoto.com/Nils Hasenau

Homeoffice in der Pandemie beeinflusst die Aufgabenverteilung in Familien

Der Lockdown zur Eindämmung von Covid-19 kann traditionelle Rollenmuster in Familien verstärken. Zwar bietet Homeoffice Müttern die Chance, ihre Arbeitszeit aufzustocken. Gleichzeitig müssen sie aber auch mehr Haushalts- und Erziehungsarbeit übernehmen – vor allem, wenn die Väter nicht von zu Hause aus arbeiten können. In etwa 30 Prozent der Haushalte mit Kindern sind die Väter beruflich flexibler als die Mütter und könnten daher mehr Zeit für Erziehung und Haushalt aufwenden. In den meisten Familien kommt indes auf die Frauen Mehrarbeit zu, wie eine ZEW-Kurzexpertise zeigt.

Die Covid-19-Pandemie hat einen massiven Wandel der Arbeitswelt mit sich gebracht. Während im Jahr 2018 knapp zwölf Prozent aller Beschäftigten in Deutschland regelmäßig im Homeoffice arbeiteten, waren es im April 2020 mehr als 35 Prozent.

26 Prozent der Beschäftigten arbeiteten während der Pandemie sogar ausschließlich von zu Hause. Bei Eltern lag dieser Anteil noch etwas höher bei 30 Prozent.

Durch die Krise ist Homeoffice wesentlich üblicher geworden. Unternehmen und ihre Beschäftigten sammeln jetzt Erfahrung mit mobilem Arbeiten und stellen fest, dass diese Art der Arbeitsorganisation funktioniert. Daher werden Unternehmen auch nach der Krise eher Arbeitsformen ermöglichen, die Tätigkeiten und Meetings vor Ort ersetzen. Ist Homeoffice besser verfügbar, führt das dazu, dass insbesondere Mütter mehr arbeiten. Die langfristigen Wirkungen werden aber auch davon abhängen, wie die zusätzlichen Betreuungsaufgaben, die aufgrund der Schul- und Kitaschließungen anfallen, zwischen Müttern und Vätern verteilt werden. Hierfür wird untersucht, wie flexibel das Beschäftigungsverhältnis der Elternteile einer Familie während der

ERWERBSSTATUS UND HOMEOFFICE-FLEXIBILITÄT IN PAARHAUSHALTEN MIT KINDERN UNTER 13 JAHREN

		Jobstatus Vater					Alleinerziehende Mutter	Gesamt
		System-relevant	Nur vor Ort	Partielles Homeoffice	Vollständiges Homeoffice	Nicht erwerbstätig		
Jobstatus Mutter	System-relevant	11.25	10.12	3.29	10.36	1.68	3.42	40.12
	Nur vor Ort	2.31	2.87	0.40	0.91	0.06	2.14	8.68
	Partielles Homeoffice	1.70	1.68	0.66	0.69	0.65	0.45	5.83
	Vollständiges Homeoffice	4.29	5.71	1.41	8.01	1.20	2.85	23.47
	Nicht erwerbstätig	2.84	8.23	2.22	1.76	1.49	3.73	20.27
Alleinerziehender Vater		0.72	0.33	0.08	0.47	0.01		1.63
Gesamt		23.12	28.93	8.06	22.20	5.11	12.59	100

Quelle: SOEP 2018, gewichtet. Haushalte mit Kindern unter 13 Jahren. Das Homeoffice-Potenzial von Jobs wird auf Berufsgruppenebenen (Dreisteller KldB) aus der BiBB/BAuA-Beschäftigungserhebung 2018 berechnet. Dafür werden Informationen über Jobtätigkeiten und die Quote der Beschäftigten, die angeben, dass Homeoffice in deren Job nicht möglich ist, genutzt. Systemrelevante Berufe werden auf Basis der Liste des Bundesland Berlin in Dreisteller Berufsgruppen und Zweisteller Wirtschaftszweige umgewandelt. Individuen, die in einem Betrieb arbeiten, der für mindestens 6 Wochen geschlossen wurde, werden als nicht erwerbstätig kategorisiert.

Pandemie ist. Systemrelevante Berufe und andere Tätigkeiten, die vor Ort stattfinden müssen, gelten als besonders unflexibel; Personen ohne Erwerbstätigkeit oder mit beruflichen Tätigkeiten, die vollständig von zu Hause aus erledigt werden können, gelten als besonders flexibel. Begrenzt flexibel sind Berufe, die sich teilweise im Homeoffice erbringen lassen. Bei Haushalten mit Kindern unter 13 zeichnet sich ab, dass in der Mehrzahl der Familien insbesondere auf die Frauen Mehrarbeit zukommt.

In insgesamt 32 Prozent der Haushalte mit Kindern unter 13 Jahren verfügen die Mütter in der Krise über mehr Flexibilität als die Väter und können deshalb mehr Erziehungs- und Haushaltsaufgaben übernehmen. In etwa 24 Prozent der Familien ist die Flexibilität beider Eltern vergleichbar. In diesen Haushalten ist es ebenfalls wahrscheinlich, dass die Mütter mehr Zeit für Familie und Hausarbeit aufwenden werden, denn schon vor der Pandemie war die Aufgabenverteilung in diesen Haushalten sehr ungleich. Selbst bei Doppelverdienerpaaren wandten Mütter etwa dreimal so viel Zeit für die Kindererziehung und doppelt so viel Zeit für Haushaltsarbeit auf wie Väter.

Mütter übernehmen mehr Familienaufgaben

Allerdings arbeiten zurzeit 40 Prozent der Mütter, aber nur 23 Prozent der Väter in einem während der Krise systemrelevanten Beruf. Insgesamt ist in knapp 30 Prozent aller Haushalte mit einem Kind unter 13 Jahren der Vater beruflich flexibler als die Mutter. In diesen Haushalten könnte Covid-19 also der traditionellen Rollenverteilung entgegenwirken und somit langfristig positive Folgen für Frauen haben.

Für einen beträchtlichen Anteil der Familien ist das aber nicht der Fall. Wenn der Lockdown die klassische Rollenverteilung stärkt, profitieren Frauen von einer stärkeren Nutzung der Heimarbeit nach der Corona-Pandemie vermutlich weniger, mit nachteiligen Auswirkungen auf ihre langfristigen Karrierechancen.

Die Notwendigkeit, während der Corona-Pandemie in großem Maßstab Homeoffice zu ermöglichen, wirkt sich auch auf die Erwerbskarrieren von Frauen und Männern aus. Aus bisherigen ZEW-Studien ist bekannt, dass die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, eine Ausweitung der Arbeitszeit zur Folge hat. Dies gilt insbesondere für Mütter. Nach der Pandemie könnten sich daher die Arbeitszeiten von Männern und Frauen annähern.

Geringere Unterschiede nach der Corona-Krise?

Vor der Pandemie führte Homeoffice nur dann zu einem Lohnzuschlag, wenn gleichzeitig die vertragliche Arbeitszeit erhöht wurde. Heimarbeit konnte sogar niedrigere Stundenlöhne nach sich ziehen, wenn sie mit zusätzlichen Überstunden einherging. Falls die Produktivität der Heimarbeit nach der Corona-Pandemie steigt, etwa weil technische Voraussetzungen geschaffen werden, könnte dies positive Lohnwirkungen für Beschäftigte in Heimarbeit verstärken. Allerdings ist fraglich, ob dies auch zu geringeren Unterschieden bei den Stundenlöhnen beiträgt. Denn bisher profitieren Mütter im Homeoffice nur dann von Lohnzuschlägen, wenn sie nicht nur ihre Arbeitszeit erhöhen, sondern gleichzeitig auch den Arbeitgeber wechseln.

Dies könnte sich ändern, wenn der Lockdown die private Aufgabenverteilung zulasten der Männer verschiebt und Frauen auch aus der Sicht der Arbeitgeber produktiver im Homeoffice arbeiten können. Wie oben beschrieben überwiegen jedoch die Anzeichen dafür, dass sich eher die bisherige, ungleiche Aufgabenverteilung verfestigt. In diesem Fall könnten Mütter sogar weniger als Männer von den Veränderungen der Arbeitsorganisation profitieren, die durch die Pandemie angestoßen wurden.

Die ZEW-Kurzexpertise zum Download: www.zew.de/PU81735

Vereinbarkeit von Familie und Beruf Grund für höhere Geburtenrate in Frankreich

Frankreich hatte in den 1990er und 2000er Jahren eine um etwa 50 Prozent höhere Geburtenrate als Deutschland. Gleichzeitig war in Frankreich ein höherer Anteil an Frauen in Vollzeit erwerbstätig. Während Frankreich viel Geld in Kinderbetreuung investierte, mussten sich Frauen in Deutschland oft zwischen Kind und Karriere entscheiden. Denn gerade Frauen mit Universitätsabschluss und hohem Einkommen bekamen in Deutschland weniger Kinder und schoben die Familienplanung oft auf. Frauen in Frankreich bekamen mehr Kinder und fingen zwischen den Geburten häufiger wieder an zu arbeiten.

Die Studie von ZEW Mannheim in Zusammenarbeit mit der Copenhagen Business School und der Universität Straßburg nutzt erstmalig vergleichbare detaillierte Informationen zu den Erwerbsverläufen und Geburtsregistern von mehr als 270.000 Frauen aus Deutschland und Frankreich. Diese umfangreiche Datenlage ermöglicht es, neue Maßstäbe für länderübergreifende quantitative Analysen zu setzen.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler betrachteten Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 1994 und 2007. Frauen in Frankreich blieben im Schnitt nicht nur seltener kinderlos, sondern hatten auch häufiger große Familien mit drei oder mehr Kindern. Auffällig ist der vergleichsweise starke Rückgang an Müttern mit zwei Kindern in Deutschland – von 36,1 Prozent in den ältesten Geburtsjahrgängen auf 14,5 Prozent in den jüngsten Geburtsjahrgängen. Der Anteil der Frauen mit zwei Kindern blieb in Frankreich bei mehr als 30 Prozent hingegen fast gleich.

Zum Zeitpunkt der Geburt ihres ersten Kindes war fast die Hälfte aller Frauen in Deutschland (47 Prozent) und Frankreich (45 Prozent) nicht berufstätig. In Deutschland stieg dieser Wert beim zweiten auf 65 Prozent und beim dritten Kind auf 74 Prozent, in Frankreich dagegen nur auf 48 Prozent beziehungsweise auf 58 Prozent. Französische Frauen fiel es leichter, nach der Geburt eines Kindes am Arbeitsmarkt aktiv zu bleiben. Mütter in Frankreich fangen zwischen den Geburten öfter wieder an zu arbeiten. Im Gegensatz dazu ist es in Deutschland üblicher, während der Elternzeit noch ein weiteres Kind zu bekommen.

Je schlechter Beruf und Familie also miteinander vereinbar sind, desto mehr beruflichen Verzicht bringt Mutterschaft mit sich. Diese so genannten Opportunitätskosten bestehen aus einem Verdienstaufschlag, aus der Unterbrechung und potenziellen Vereitelung der Karriere und aus dem Verlust beruflich relevanter Kenntnisse und Fertigkeiten. Solche wirtschaftlichen Erwägungen sind besonders relevant für gut ausgebildete Frauen und solche mit hohem Einkommen. Aufgrund der schlechteren Betreuungssituation wogen diese Kosten in Deutschland schwerer. Der Einfluss der Opportunitätskosten auf die Geburtenrate war hierzulande etwa doppelt so groß wie in Frankreich.

Unzureichendes Betreuungsangebot in Deutschland

Während der französische Staat es Müttern ermöglichte, im Arbeitsmarkt zu verbleiben, herrschte in Deutschland noch das Ideal des männlichen Hauptverdieners vor. Viele Mütter mussten ihre Karriere unterbrechen. Ab den 1990er Jahren wurden die Betreuungsplätze schrittweise ausgebaut. Allerdings waren die Kita-Öffnungszeiten nur schwer mit dem Berufsalltag vereinbar, und im Gegensatz zu Frankreich gab es kaum Betreuungsmöglichkeiten für Unter-Dreijährige. Insgesamt gab Frankreich im beobachteten Zeitraum zwischen 1,8- und 3,6-mal so viel Geld für Kinderbetreuung aus wie Deutschland.

In beiden Ländern, aber vor allem in Deutschland, nutzten Mütter Teilzeitstellen, um weiterhin berufstätig sein zu können. Frauen, die in Teilzeit arbeiteten, bekamen tendenziell eher Kinder im Vergleich zu Frauen, die in Vollzeit oder gar nicht arbeiteten. Der negative Effekt von Vollzeitarbeit ist in Deutschland mehr als doppelt so stark wie in Frankreich. In Deutschland vermieden Frauen mit Universitätsabschluss auch eher eine Schwangerschaft während ihrer ersten Jahre im Job, und sie schoben die Familienplanung öfter auf als in Frankreich. Das spricht ebenfalls dafür, dass es in Deutschland schwieriger ist, den Nachwuchs mit der Karriere zu vereinbaren.

Die Studie zum Download: www.zew.de/PU81716

Cécilia Lipowski, caecilia.lipowski@zew.de

INHALT

Homeoffice in der Pandemie beeinflusst die Aufgabenverteilung in Familien	1
Vereinbarkeit von Familie und Beruf Grund für höhere Geburtenrate in Frankreich	3
Digitalisierung hilft Soloselbstständigen bei der Bewältigung der Corona-Krise	4
Immer mehr junge Hightech-Unternehmen erhalten privates Wagniskapital.	6

Jungen Menschen Perspektiven geben	8
Nachgefragt: Kommen digitalisierte Unternehmen besser durch die Krise?	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine	11
Standpunkt	12

Digitalisierung hilft Soloselbstständigen bei der Bewältigung der Coronakrise

Die Corona-Pandemie hinterlässt deutliche Spuren in der Wirtschaft. Soloselbstständige trifft es dabei besonders hart. Eine ZEW-Kurzexpertise liefert auf Basis einer Befragung von mehr als 16.000 Soloselbstständigen Erkenntnisse, wie stark diese in Deutschland von der Corona-Pandemie betroffen sind und inwieweit die Digitalisierung ihnen hilft, die Krise zu bewältigen.

Wie die ZEW-Kurzexpertise zeigt, sind hoch digitalisierte Soloselbstständige deutlich krisenresistenter, und sie leiden seltener unter negativen Konsequenzen der Corona-Krise. So waren aufgrund der einschränkenden Maßnahmen zum Zeitpunkt der Befragung lediglich 28 Prozent der sehr hoch digitalisierten Soloselbstständigen nicht mehr in der Lage, die eigene Tätigkeit auszuüben. Bei Soloselbstständigen mit einem sehr niedrigen Digitalisierungsgrad des Angebots hingegen lag dieser Anteil bei etwa drei Vierteln und damit knapp drei Mal so hoch. Weitere finanzielle Maßnahmen werden daher notwendig sein, um Soloselbstständige auf dem Weg durch die Krise zu unterstützen. Das gilt insbesondere, wenn aufgrund der Pandemie die Einkommensgrundlage weggebrochen ist.

Zusätzliche Maßnahmen sollten dazu beitragen, die Digitalisierung weiter voranzutreiben. Hierzu können, je nach Branchenzugehörigkeit der Soloselbstständigen, finanzielle Anreize gesetzt werden. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur sollte mit Nachdruck weiter verfolgt werden, um die Digitalisierung zu befördern. Denn digitaler aus der Coronakrise hervorzugehen, heißt für die nächste Krise besser gewappnet zu sein.

Vor dem Ausbruch der Pandemie waren die internen Geschäftsprozesse bei jedem zweiten der befragten Soloselbstständigen hoch digitalisiert, während Angebotspalette und Kundenberatung bei jeweils einem Drittel hoch digitalisiert waren. Der aktuell hohe Anpassungsdruck hat allerdings zu deutlichen Fortschritten geführt. Durch die Krise hat etwa jeder Dritte der befragten Soloselbstständigen bei der Digitalisierung zugelegt. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Bereiche Training und Schule, Gesundheit, Soziale Arbeit sowie der stationäre Handel. Dabei war der Digitalisierungsschub tendenziell stärker bei Soloselbstständigen, die weiblich oder vergleichsweise jung sind, die im Homeoffice arbeiten oder die einen Hochschulabschluss haben. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Möglichkeiten zu digitalisieren auch von der Branche abhängen, in denen die Soloselbstständigen tätig sind, sowie vom bereits bestehenden Niveau der Digitalisierung.

Jedem vierten Soloselbstständigen droht das „Aus“

Insgesamt hält es jeder Vierte der befragten Soloselbstständigen für sehr wahrscheinlich, die eigene Selbstständigkeit in den nächsten zwölf Monaten aufgeben zu müssen. Der Haupt-

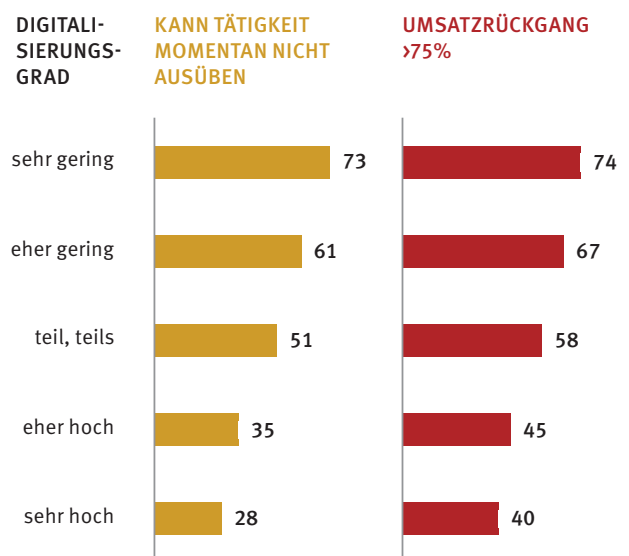
grund dafür ist naheliegend: ein immenser Umsatzrückgang während der aktuellen Krise. So ist bei knapp 60 Prozent der Befragten der monatliche Umsatz um mehr als 75 Prozent eingebrochen. Jeder zweite Befragte konnte seine Tätigkeit zum Zeitpunkt der Umfrage aufgrund der notwendigen Kontaktbeschränkungen und Shutdown-Maßnahmen nicht mehr ausüben.

Daraus ergibt sich ein sehr hoher Bedarf an staatlicher Unterstützung: Mehr als die Hälfte der Befragten hat dementsprechend Soforthilfe von Bund oder Land beantragt, die auf drei Monate angelegt ist. Allerdings erwarten 35 Prozent der Befragten, dass die Phase der deutlich niedrigeren Umsätze länger als sechs Monate anhalten wird.

Konsumnahe Branchen am stärksten betroffen

Inwieweit Soloselbstständige von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind, hängt stark von der Branche ab, in der sie tätig sind (siehe Tabelle). Am härtesten von der Krise getroffen sind konsumnahe Branchen wie Gastronomie und Beherbergung, Events und Veranstaltungen, Touristik und Sport sowie Wellness, Friseure und Kosmetik. Etwa neun

NEGATIVE AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE NACH DIGITALISIERUNGSGRAD DER EIGENEN PRODUKTE UND DIENSTLEISTUNGEN



Lesehilfe: 73 Prozent der befragten Soloselbstständigen mit einem sehr geringen Digitalisierungsgrad der eigenen Produkte und Dienstleistungen geben an, dass sie ihre Tätigkeit zum Zeitpunkt der Befragung nicht mehr ausüben konnten. Quelle: „Wie stark bist du als Selbstständige/r von der Corona-Krise betroffen?“; Umfrage von VGSD, ZEW und Forschungszentrum Mittelstand an der Universität Trier.

von zehn Soloselbstständigen müssen hier Umsatzeinbußen verkraften, die bei mehr als 75 Prozent liegen. Der Bedarf an Soforthilfen zur Existenzsicherung ist dementsprechend hoch: Zwischen 73 Prozent und 85 Prozent der Soloselbstständigen in diesen Branchen haben Soforthilfe von Bund oder Land beantragt. Jedoch befürchten zwischen 32 Prozent und 49 Prozent der Befragten dieser Branchen, ihre Selbstständigkeit in naher Zukunft einstellen zu müssen.

Nicht unbeeinträchtigt, aber immerhin deutlich besser durch die Krise kommen vor allem die Soloselbstständigen in den Branchen IT-Dienstleistungen, Lektorat und Dolmetscher, Finanzdienstleistungen und Versicherung sowie Ingenieure und Architekten. Der krisenbedingte Umsatzrückgang fällt bei den IT-Dienstleistern deutlich geringer aus als in allen anderen Branchen. Eine funktionierende digitale Infrastruktur ist in der aktuellen Krise für Unternehmen überlebenswichtig. IT-Dienstleistungen sind deshalb stark nachgefragt, weil Unternehmenskunden zum Beispiel verstärkt in IT-Sicherheitsmaßnahmen investieren oder Remote-Zugänge für ihre Beschäftigten einrichten lassen, die jetzt im Homeoffice arbeiten müssen. Die Krise geht aber selbst an den Soloselbstständigen im IT-Bereich nicht spur-

los vorbei. Rund 14 Prozent der Befragten sehen ein hohes Risiko, dass sie ihre Selbstständigkeit in den nächsten zwölf Monaten aufgeben müssen. Ebenfalls weniger beeinträchtigt sind die Soloselbstständigen in den Branchen unternehmensnahe Dienstleistungen, Journalismus und Onlinehandel. Für Kulturschaffende und Befragte in den Branchen Soziale Arbeit, Training und Schule, stationärer Handel, Handwerk und Gesundheit zeigen sich hingegen deutliche Einschränkungen.

Informationen zur Umfrage

Die Erkenntnisse der ZEW- Kurzexpertise beruhen auf einer Befragung, die der Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland (VGSD) in Kooperation mit dem ZEW Mannheim und dem Forschungszentrum Mittelstand an der Universität Trier vom 7. April bis 4. Mai 2020 durchführte. Die Auswertungen fokussieren sich auf mehr als 16.000 hauptberuflich Soloselbstständige im Alter zwischen 24 und 65 Jahren.

Die ZEW-Kurzexpertise zum Download: www.zew.de/PU81729

Prof. Dr. Irene Bertschek, irene.bertschek@zew.de
 Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de

NEGATIVE AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE NACH BRANCHEN

	Selbstständig- keit beenden	Umsatzrück- gang > 75%	Kann Tätigkeit momentan nicht ausüben	Soforthilfe beantragt	Reduzierte Umsätze > 6 Monate
Gastronomie, Beherbergung	49	86	76	85	24
Event- und Veranstaltungsbranche	41	93	91	75	58
Touristik, Sport und Freizeit	40	89	83	73	52
Vorrangig stationärer Handel	34	55	34	85	33
Wellness, Friseure, Kosmetik	32	94	89	85	14
Soziale Arbeit, Sozialwesen	30	50	62	46	27
Kulturschaffende, Film, Fotografie	28	65	69	65	47
Training/Coaching, Schule/Unterricht	27	71	59	60	28
Onlinehandel	26	21	14	41	24
Handwerk	25	42	37	56	27
Journalisten oder PR	22	41	31	54	32
Unternehmensnahe Dienstleistungen	21	43	24	47	28
Gesundheit, Medizin und Therapie	19	56	46	57	21
Ingenieure und Architekten	18	34	23	33	19
Finanzdienstleistungen/Versicherung	14	24	11	31	21
IT-, Software-, Web-Dienstleistung	14	26	15	21	19
Lektorat, Dolmetscher, Übersetzer	13	31	23	29	24
Total	25	58	52	55	35

Anmerkung: Die dargestellten Werte geben den Anteil der befragten Soloselbstständigen pro Branche an, für den eine entsprechende Auswirkung der Corona-Pandemie eingetreten ist. Je dunkler der Rotton (Grünton) umso höher (niedriger) ist der Unternehmensanteil für eine negative Auswirkung. Die betrachteten Auswirkungen umfassen, ob eine (sehr) hohe Wahrscheinlichkeit besteht, die Soloselbstständigkeit in den nächsten zwölf Monaten beenden zu müssen, ob der monatliche Umsatzrückgang zum Zeitpunkt der Befragung über 75 Prozent lag, ob zum Zeitpunkt der Befragung die Tätigkeit nicht mehr ausgeübt werden konnte, ob Soforthilfe beantragt wurde oder ob der Befragte mit einer finanziellen Durststrecke mit deutlich verringerten Umsätzen rechnet, die länger als sechs Monate anhält.

Lesehilfe: 49 Prozent der befragten Soloselbstständigen der Branche Gastronomie und Beherbergung geben an, dass eine (sehr) hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie ihre Selbstständigkeit in den nächsten zwölf Monaten beenden müssen.

Quelle: „Wie stark bist du als Selbstständige/r von der Corona-Krise betroffen?“; Umfrage von VGSD, ZEW und Forschungszentrum Mittelstand an der Universität Trier.

Immer mehr junge Hightech-Unternehmen erhalten privates Wagniskapital

Junge innovative Unternehmen, die auf die Vermarktung von neuen, bisher unbekanntem Produkten oder Dienstleistungen setzen, haben es oft schwer, ihren Start in den Markt zu finanzieren. Der Weg über die klassische Darlehensfinanzierung ist ihnen meist verstellt, da den Banken ein Engagement zu riskant ist und die nötigen Sicherheiten fehlen. So sind diese Unternehmen auf Investoren oder Fonds angewiesen, die eine Beteiligung an den jungen Unternehmen wagen und die am Erfolg der Unternehmen durch Gewinnbeteiligung oder am Veräußerungserlös ihrer Beteiligung verdienen. Im Falle des Misserfolgs haben die Investoren unter Umständen den Totalverlust ihrer Investition zu tragen.

Das ZEW hat mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) in einer Studie die Beteiligungsinvestitionen in bis zu vier Jahre alten Unternehmen aus den Hightech-Branchen von 2013 bis 2018 untersucht. Die Studie zeigt, dass umfassende Veränderungen stattgefunden haben. Die Anzahl der jungen Unternehmen, die von Privatinvestoren mitfinanziert wurden, ist seit 2013 um mehr als 50 Prozent von ca. 3.350 auf etwa 5.100 gestiegen. Der Anteil der so finanzierten jungen Unternehmen der Hightech-Branchen stieg von sieben Prozent auf 13 Prozent. Das gesamte Finanzierungsvolumen von Privatinvestoren in junge Hightech-Unternehmen hat sich von 2013 bis 2018 sogar mehr als verzehnfacht (von knapp 85 Millionen Euro auf etwa 925 Millionen Euro). Die Durchschnittsinvestitionen von Privatpersonen in junge Hightech-Unternehmen haben sich im Zeitraum 2013 bis 2018 fast versechsfacht (von etwa 115.000 Euro auf 780.000 Euro).

Wagniskapital oft Voraussetzung für Gründung

Insgesamt hat sich das Engagement von Privatpersonen bei der Wagniskapitalfinanzierung von innovativen Gründungsprojekten und jungen Hightech-Unternehmen seit 2013 immens ausgeweitet. Hinreichend Wagniskapital gilt oft als wichtige Voraus-

setzung dafür, dass Gründerinnen und Gründer erfolgversprechende Gründungsprojekte auch tatsächlich verfolgen können. Mit der steigenden Verfügbarkeit solcher Beteiligungen, so die Hoffnung, könnte auch eine größere Anzahl von innovativen Gründungsprojekten in Angriff genommen werden. Insofern wäre zu erwarten, dass die Anzahl von Unternehmensgründungen in den Hightech-Branchen zwischen 2013 und 2018 wegen der besseren Versorgung mit Kapital zugenommen hat.

Anzahl der Gründungen ist rückläufig

Die Anzahl der jungen Unternehmen in den Hightech-Branchen sank jedoch zwischen 2013 und 2018 von rund 46.500 auf etwa 39.500, ein Rückgang um 15 Prozent. Die Ursachen für das immens gestiegene Finanzierungsengagement der Privaten liegen demnach eher in den Rahmenbedingungen an den Finanzmärkten. Anlagemöglichkeiten für Schuldverschreibungen oder Finanztitel lohnen sich kaum; private Anleger orientieren sich daher stark in Richtung Realwirtschaft. Die Situation an den Aktienmärkten ist sehr von großen institutionellen Anlegern oder Hedgefonds geprägt, sodass einzelne, in den Markt startende Unternehmen eine lohnende Alternative darstellen. Die sinkende Anzahl von innovativen Gründungen führt zu stärkeren Konzentrationen auf einzelne Unternehmen und damit zur deutlichen Verbesserung der Chancen dieser Unternehmen. Dagegen ist eine Stimulierung der Gründungstätigkeit in den Hightech-Branchen durch mehr Wagniskapital nicht auszumachen.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich durch die Corona-Krise Grundsätzliches an der Situation für Privatinvestoren ändern wird. Privatinvestoren speisen ihre Finanzierungsmittel in der Regel aus Vermögen, nicht aus laufendem Einkommen. Die Krise wird daher kurzfristig die potenziellen Investitionsmittel kaum vermindern. Die Chancen innovativer Gründungsprojekte werden von aktuellen Marktsituationen ebenfalls nicht stark tangiert. Hier kommt es auf die mittel- bis langfristigen Perspektiven auf den Märkten für innovative Produkte und Dienstleistungen an. Es ist durchaus davon auszugehen, dass die guten Bedingungen für privates Finanzierungsengagement die Krise überleben. Möglich ist auch, dass die Privatinvestoren „ihren“ jungen Unternehmen beistehen, sollten sie dennoch krisenbedingt in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Die Alternative wäre der Totalverlust. Wichtig ist allerdings, dass die Bundesregierung endlich Ernst macht mit einem Rettungsschirm für innovative Start-ups, um erfolgversprechende Unternehmen in der Startphase in die nächste Finanzierungsrunde zu retten.

Die Studie zum Download: www.zew.de/PM7183



Foto: ©iStockphoto.com/BraunS

Dr. Sandra Gottschalk, sandra.gottschalk@zew.de
 Jürgen Egel, juergen.egeln@zew.de
 Dr. Georg Licht, georg.licht@zew.de



Sozial verantwortliches Verhalten kann die Ausbreitung des Corona-Virus verlangsamen

Covid-19 breitet sich in Regionen mit einem höheren gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein langsamer aus als in Gegenden, in denen das Gemeinwohl weniger wichtig ist. Dieser Zusammenhang zwischen sozial verantwortlichem Handeln und der Ausbreitung des Virus zeigt sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern wie Italien oder Schweden. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie eines Teams von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des ZEW in Kooperation mit den Universitäten Mannheim und Bonn.

Die Forscherinnen und Forscher untersuchen den Zusammenhang zwischen Sozialkapital, einem gängigen Maß für gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein, und Covid-19-Fallzahlen in sieben europäischen Ländern. Dabei handelt es sich um Deutschland, Italien, Österreich, die Schweiz, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Schweden. Ihre Daten zeigen eindeutig, dass sozial verantwortliches Verhalten eine große Rolle bei der Eindämmung des Virus spielt. Angesichts der aktuellen Lockerung der Corona-Politik sollte sich jeder immer wieder dieser Verantwortung bewusst werden.

Höheres Sozialkapital ermöglicht mehr Lockerungen

Die Studie weist auch auf einen wichtigen Zusammenhang zwischen Eigenverantwortung und Corona-Maßnahmen durch die Politik hin. So schwächte sich der Zusammenhang zwischen der Ausbreitung des Virus und dem Sozialkapital ab, nachdem die Länder einen Lockdown verordnet hatten. Diese Ergebnisse haben interessante Implikationen für die aktuelle Debatte zur Regionalisierung der Corona-Politik. Die Ergebnisse legen nahe, dass Regionen mit einem höheren gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein mehr Lockerungen vertragen könnten. In Gegenden, wo das Sozialkapital eher niedrig ist, sollte die Politik das alltägliche Leben stärker einschränken.

Ohne medizinische Antworten auf Covid-19 in Form von Medikamenten oder Impfungen spielt Sozialkapital eine entscheidende Rolle. Seit Beginn der Krise appelliert die Politik an das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, sich

an Verhaltens- und Hygieneregeln zu halten, Kontakte zu reduzieren, Abstand zu halten und Masken zu tragen, um die Ausbreitung von Covid-19 zu stoppen. All diese Regeln bedeuten Einschränkungen und Unannehmlichkeiten für den Einzelnen. Ob der Einzelne die Regeln befolgt, hängt vom eigenen Sozialkapital ab. Ein in den Sozialwissenschaften gängiges Maß für Sozialkapital ist die Wahlbeteiligung, da die eigene Stimme das Wahlergebnis nicht beeinflusst, die Menschen aber aus staatsbürgerlichem Verantwortungsgefühl wählen gehen. Demnach gelten Regionen mit niedriger Wahlbeteiligung als Regionen mit niedrigem Sozialkapital. Dieser Zusammenhang ist auch mit alternativen Maßen für das Sozialkapital belegt, wie Blut- oder Organspenden oder ehrenamtliches Engagement.

Weniger Todesopfer bei mehr Sozialkapital


Mithilfe von ökonomischen Modellen setzen die Studienautorinnen und -autoren in jedem der sieben Länder das Sozialkapital auf Landkreis- (oder vergleichbarer) Ebene mit der Anzahl an Covid-19-Fällen in Verbindung. Durch statistische Methoden machen sie alle Landkreise in einem Land vergleichbar hinsichtlich der wichtigsten ökonomischen und sozialen Faktoren wie Bruttoinlandsprodukt, Bevölkerung, Wirtschaftssektoren sowie der medizinischen Infrastruktur.

Neben der Analyse der Fallzahlen in sieben europäischen Ländern beleuchten die beteiligten Forscherinnen und Forscher den italienischen Fall näher. Zum einen zeigen sie auf, dass Sozialkapital auch die Zahl der Todesopfer beeinflusst. Regionen mit höherem Sozialkapital verzeichnen geringere Zahlen an Todesopfern. Zum anderen dokumentieren sie, dass Sozialkapital tatsächlich individuelles Verhalten beeinflusst. Mit anonymisierten Standort-Daten von Mobiltelefonen zeigt die Studie, dass Italiener in Regionen mit hohem Sozialkapital ihre Mobilität stärker eingeschränkt haben als Landsleute in Gegenden mit niedrigerem Sozialkapital.

Die Studie zum Download unter:

www.zew.de/PU81710

Prof. Dr. Sebastian Sieglösch, sebastian.sieglösch@zew.de



Je länger die Rezession andauert, desto schwieriger wird der Berufseinstieg.

Foto: ©iStock/ Ziga Plahutar

Jungen Menschen Perspektiven geben

In den nächsten Monaten und Jahren werden sich, wie alle Jahre zuvor auch, wieder Hunderttausende junger Menschen erstmals auf die Suche nach einem Ausbildungsplatz oder nach einer Erwerbstätigkeit begeben. Das ist nicht neu, aber etwas wird für diese jungen Menschen in der nächsten Zeit anders sein als für ihre Vorgängerinnen und Vorgänger in den zehn Jahren zuvor: Ihre Anstrengungen werden in die Zeit eines signifikanten wirtschaftlichen Rückgangs fallen.

Die aus übergeordneten Gründen von der Politik herbeigeführte wirtschaftliche Rezession kann, wenn sie länger anhält, für jüngere Menschen mit negativen Wirkungen für die weitere Karriere einhergehen. Das liegt in erster Linie daran, dass in Zeiten ohne Ausbildung oder Beschäftigung keine eigenen, beruflich relevanten Erfahrungen gesammelt werden können, die dann später fehlen oder nachgeholt werden müssen. Auch staatliche finanzielle Unterstützung kann den Verlust an Berufserfahrung nicht immer kompensieren. Gerade zu Beginn des Erwerbslebens sind die Berufserfahrung und das Lernen in der Ausbildung und während der beruflichen Tätigkeit sehr wertvoll für den weiteren Berufsweg.

Holpriger Start ins Berufsleben kann zu Einkommenseinbußen führen

Je länger die Rezession dauert, desto schwieriger wird für viele der Einstieg in die Ausbildung und das Erwerbsleben. Die Dauer und Intensität des Abschwungs werden mit darüber entscheiden, ob es bei temporären Blessuren bleibt oder ob permanente Narben im Lebenslauf bleiben. Mit Ersterem ist gemeint, dass die möglichen Einkommensverluste durch eine begrenzte Zeit der Beschäftigungslosigkeit im weiteren Verlauf des Erwerbslebens wieder aufgeholt werden. Mit Letzterem ist gemeint, dass bei einem zu holprigen Start ins Erwerbsleben die Lebenseinkommen verglichen mit den Neueinsteigerinnen und Neueinsteigern in Zeiten eines Aufschwungs niedriger sein werden. Entweder werden viele erst mit einer Verzögerung die gewünschte Stelle antreten können, oder aber sie werden Kompromisse eingehen müssen. Insgesamt kann das zur Folge haben, dass sie die resultierenden Einkommenseinbußen im weiteren Erwerbsleben nicht mehr aufholen können.

Um die Chancen der jungen Generation auf einen Ausbildungs- und Erwerbseinstieg zu verbessern, sind die anlaufenden Öffnungen aller Wirtschaftsbereiche sehr zu begrüßen.

Auch das bereits geplante staatliche Konjunkturprogramm sollte helfen, dass Unternehmen wieder optimistischer werden und damit beginnen, wieder mehr zu produzieren und zu investieren. Zunächst sollte als Folge der höheren Produktion die Kurzarbeit zurückgehen. Gelingt es, einen sich selbst tragenden Aufschwung mit weiteren Investitionen anzustoßen, werden mit der Zeit dann auch wieder Neueinstellungen stattfinden. Damit werden sich allmählich auch wieder die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen junger Menschen verbessern. Derzeit reichen angesichts der Kaufzurückhaltung die offenen Stellen noch nicht aus, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Vielmehr nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu.

Private Investitionen fördern neue Beschäftigung

Nun ist es daher an der Zeit, die private Wirtschaftstätigkeit wieder vollständig zu ermöglichen, wenn auch unter Auflagen, die notwendig sind, um Infektionen zu vermeiden. Die Auflagen tragen dazu bei, dass es zusätzliche umfangreiche private Investitionen in die Vermeidung von Ansteckungen geben wird. Da noch Zeit vergehen wird, bis ein wirksamer Impfstoff gegen das Virus gefunden ist, können solche Investitionen durchaus lohnenswert sein. Dadurch kann auch neue Beschäftigung entstehen, etwa bei der Herstellung von Apps oder bei der Umstellung auf Alltags- und Produktionsprozesse, die helfen, Infektionen zu vermeiden.

Selbst wenn das Hochfahren der Wirtschaft und auch das Konjunkturprogramm erfolgreich angestoßen werden sollten, wird es wohl angesichts des erheblichen Wirtschaftseinbruchs und der Kosten der allmählichen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Aktivitäten noch dauern, bis alle eine Chance auf eine Ausbildung und eine Beschäftigung erhalten werden. Von daher könnten im Laufe der Zeit auch flankierende bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich werden, um den von der Corona-Krise betroffenen jungen Menschen berufliche Perspektiven zu eröffnen.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, friedhelm.pfeiffer@zew.de

Dieser Beitrag erschien zuerst am 12. Juni 2020 in der „Ökonomenstimme“.

Nachgefragt: Kommen digitalisierte Unternehmen besser durch die Krise?

„Den kurzfristigen Digitalisierungsschub in langfristige Investitionen umwandeln“

Die Corona-Pandemie hat die Weltwirtschaft schwer getroffen. In vielen Ländern hat ein Lockdown das öffentliche Leben über Wochen lahmgelegt. Aber auch die mit den Lockerungen verbundenen Hygiene- und Abstandsregelungen machen es schwieriger zusammenzuarbeiten, einzukaufen oder Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“, erklärt im Interview, welche Rolle die Digitalisierung von Unternehmen für die Krisenresilienz spielt und wie verschiedene Branchen auf die veränderten Bedingungen reagieren können.

Unternehmen waren auf die Covid-19-Pandemie und den daraus resultierenden monatelangen Ausnahmezustand nicht vorbereitet. Welche Rolle spielt die Digitalisierung in Krisen?

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass digitalisierte Unternehmen viel schneller und leichter auf die veränderten Bedingungen reagieren können. So waren digitale Unternehmen schneller in der Lage, Produkte und Dienste online anzubieten und zu vertreiben, ihre Beschäftigten die Arbeit im Homeoffice fortsetzen zu lassen, ganz zu schweigen von den Videokonferenzen, mit denen Meetings und Dienstreisen ersetzt wurden und die mittlerweile zum Goldstandard der Kommunikation in der Krise geworden sind. Diese Krisenresilienz durch Digitalisierung war auch schon in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 beobachtbar, wie wir in einer ZEW-Studie festgestellt haben. Damals mussten hoch digitalisierte Unternehmen deutlich geringere Produktivitätsrückgänge hinnehmen als gering digitalisierte Unternehmen.

Hoch digitalisierte Unternehmen erweisen sich also als krisenresistenter. Was bedeutet das mit Blick auf die Corona-Krise?

Hoch digitalisierte Unternehmen sind anpassungsfähiger, sowohl zu Beginn und während einer Krise als auch wenn die wirtschaftliche Aktivität wieder hochfährt, so wie jetzt nach dem Lockdown. Allerdings ist das nicht in allen Branchen gleich einfach. Die unternehmensnahen Dienstleistungen sind hier im Vorteil. So fällt es beispielsweise einem Ingenieurbüro oder einer Versicherung leichter, Dienste online anzubieten und so mit den Kunden in Kontakt zu bleiben. Auch das Arbeiten von zu Hause geht einfacher vonstatten. Konsumnahe Branchen haben es deutlich schwerer, da ihre Dienste im Kontakt mit dem Kunden entstehen, wie in der Gastronomie oder bei Frisören.

Einige Branchen sind demnach schlechter aufgestellt als andere. Welche Möglichkeiten haben konsumnahe Dienstleister wie Gastronomen und Frisöre?

Gastronomen und Frisöre erlebten einen völligen Nachfrageeinbruch. Sie mussten darauf warten, ihre Geschäftstätigkeit unter Schutzmaßnahmen wieder aufnehmen zu können. Da hilft auch die Digitalisierung nicht unbedingt weiter. Hier kann Digitalisierung allenfalls dazu beitragen, über Online-Werbung sicht-

bar zu bleiben oder, wie in der Gastronomie zum Teil geschehen, Speisen und Getränke online anzubieten und auszuliefern.

Und wie sieht das bei den Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe aus?

Im verarbeitenden Gewerbe waren solche Unternehmen im Vorteil, die ihre Prozesse bereits automatisiert hatten, zum Beispiel durch den Einsatz von Robotern in der Produktion oder in der Lager-Logistik. Ansonsten oft als Jobvernichter verschmäht, tragen Roboter in der Corona-Krise dazu bei, den Abstand zwischen Kolleginnen und Kollegen zu wahren. Allerdings haben zahlreiche verarbeitende Unternehmen mit starken Nachfrageeinbrüchen, auch aus dem Ausland, oder mit Zuliefererschwierigkeiten zu kämpfen, so dass die Digitalisierung die Auswirkungen der Krise hier allenfalls abfedern kann.

Kann die Krise also ein Katalysator für digitaleres Arbeiten und Technologien in vielen Unternehmen sein?

Die Corona-Krise hat der deutschen Wirtschaft ganz klar einen Digitalisierungsschub versetzt. Und vieles davon, wie Homeoffice, Videokonferenzen oder Online-Vertrieb, wird wohl – zumindest teilweise – auch nach dem Lockdown Fortbestand haben. Dabei sollte es aber nicht bleiben.

Die Unternehmen sollten jetzt den durch die Corona-Pandemie entstandenen kurzfristigen Digitalisierungsschub für langfristige Investitionen und Umstrukturierungen nutzen. Die Digitalisierung kann zwar die negativen Auswirkungen einer Krise, wie wir sie derzeit erleben, nicht verhindern, aber sie kann sie abfedern und so zur Krisenresilienz beitragen.

“



Foto: Anna Logue

Prof. Dr. Irene Bertschek

ist Leiterin des Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“ am ZEW und Professorin für die Ökonomie der Digitalisierung an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Seit Mai 2019 ist sie Mitglied der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) der Bundesregierung. In ihren Forschungsarbeiten befasst sie sich damit, wie die Digitalisierung wirtschaftliche Prozesse verändert und wie sie sich auf die Produktivität, das Innovationsverhalten und die Arbeitsorganisation von Unternehmen auswirkt. Ihre Methodenkompetenz liegt in der angewandten Mikroökonomie und der Analyse von Unternehmensdaten.

irene.bertschek@zew.de

Das Schiff Europa sicher durch den Corona-Sturm manövrieren

Die Corona-Krise stellt ganz Europa vor bisher ungekannte Herausforderungen. Nach wie vor aber sitzen alle Mitgliedsstaaten zusammen im europäischen Boot. „Wie kommen wir durch den Sturm?“, fragte Elif Şenel, freie Journalistin und Moderatorin der zweiten Ausgabe von #ZEWlive, die unter dem Motto „Die Corona-Krise und die Antworten Europas“ stand. Im Zuge der digitalen Veranstaltung aus der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ diskutierten Dr. Franziska Brantner, Sprecherin für Europapolitik sowie Parlamentarische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, und Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, vor etwa 200 Zuschauerinnen und Zuschauern, die ihre Fragen per Chat einbringen konnten.

ZEW-Ökonom Heinemann legte zunächst die verschiedenen Aspekte des wirtschaftlichen Corona-Schocks dar. Bei der Erläuterung möglicher Gegenmaßnahmen nahm er unter anderem Bezug auf die Initiative eines europäischen Wiederaufbaufonds, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron an die Öffentlichkeit herangetragen hatten. Die Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner sprach sich für den deutsch-französischen Vorstoß aus. Darüber hinaus betonte sie, wie wichtig die Wiederbelebung des europäischen Binnenmarktes sei. Heinemann zufolge kommt es dabei insbesondere darauf an, die Wachstumsschwäche von Ländern wie Italien mithilfe von Reformen anzugehen. Die EU solle nur dann gemein-



ZEW-Forschungsbereichsleiter Prof. Dr. Friedrich Heinemann im Gespräch mit Grünen-Politikerin Dr. Franziska Brantner (r.) und Moderatorin Elif Şenel (l.).

same Ausgabenpakete auflegen, wenn diese einen europäischen Mehrwert hätten. „Nicht jeder Euro ist auf europäischer Ebene besser ausgegeben als auf der Ebene der Mitgliedsstaaten.“ Brantner widersprach: Gerade jetzt komme es auf europäische Solidarität an. Ähnlich wie Heinemann plädierte sie jedoch dafür, zukunftsorientiert zu denken. So könnten die Gelder, die nun krisenbedingt bereitgestellt werden, zum Beispiel mit einer Modernisierungs- und Innovationsagenda sowie mit den Zielen des Green Deal verknüpft werden.

Detaillierter Nachbericht und ein Video zum #ZEWlive unter: www.zew.de/AM7184

Mannheimer Verkehrswende zur Bekämpfung der Klimakrise

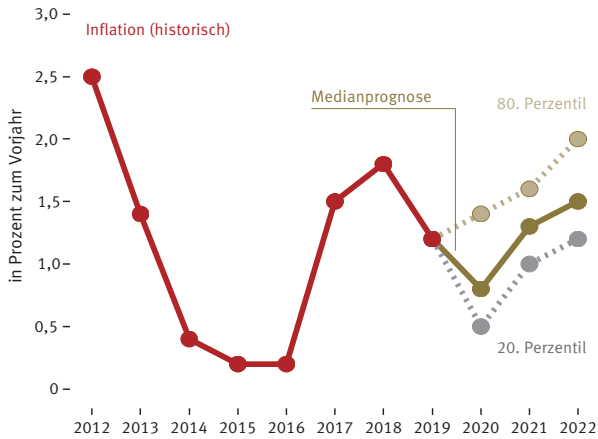
Das Corona-Virus mit seinen gravierenden wirtschaftlichen Folgen steht als Problem derzeit an erster Stelle. Klimaexperten/-innen erinnern nun zu Recht daran, dass auch die Erderwärmung bekämpft werden muss. Dies gab Anlass, im dritten #ZEWlive unter der Überschrift „Mannheimer Wege zu einer neuen Mobilität“ über das Klima, die Corona-Krise und die Verkehrswende vor Ort zu diskutieren. Moderiert von Julia Wadle vom Mannheimer Morgen debattierten ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Miriam Caroli, Vorständin des Carsharing-Anbieters „Stadtmobil Rhein-Neckar AG“, Christian Specht, Erster Bürgermeister Mannheims, und Fridays-For-Future-Aktivistin Laura Hober. Wambach machte zunächst deutlich, dass es nicht so sehr darum gehe, das Auto abzuschaffen, sondern darum, Fortbewegungsarten sinnvoll zu kombinieren. Hober forderte Investitionen in klimafreundliche Mobilität wie den ÖPNV und das Fahrradfahren. Darauf, dass es in Mannheim und Umgebung bereits vermehrt Radschnellwege und neue Stadtbahnlinien gebe, wies Specht hin. Corona-bedingt fehlten derzeit jedoch rund 200 Millionen Euro in der Stadtkasse, weshalb er sich einen Rettungsschirm von Bund und Land wünschte. Auf die Frage, inwiefern die Corona-Krise die Prioritäten vom Kampf gegen den Klimawandel hin zur Eindämmung des Virus verschoben habe, entgegnete Caroli, dass Klimaschutz, Wirtschaft und soziale Fragen konsequent ver-

knüpft werden müssen. „Wo wir noch besser werden müssen, ist die Erhebung und Auswertung von Daten“, erklärte Wambach. Seine Vision für 2050 beinhaltet daher, dass er als Bürger direkt von der Datenverfügbarkeit profitiert. „Ich gehe vor die Tür und eine App schlägt mir vor, welche Verkehrsträger ich jetzt nutzen sollte, um möglichst schnell und bequem an den Ort zu kommen, zu dem ich möchte.“ Nachbericht und ein Video zum #ZEWlive unter: www.zew.de/AM7185



Auf dem Podium diskutierten (v. l.): Laura Hober von FFF, ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph. D., Moderatorin Julia Wadle, Mannheims Erster Bürgermeister Christian Specht und Miriam Caroli, Vorständin von Stadtmobil Rhein-Neckar.

Mittelfristig kein starker Inflationsanstieg in Sicht

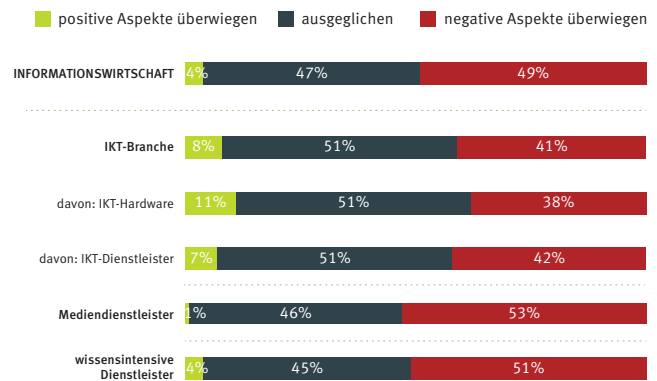


Quelle: ZEW

Notenbanken weltweit haben im Zuge der Corona-Krise Maßnahmen ergriffen, um die Liquidität in ihren Währungsgebieten erneut zu erhöhen. Die während der Finanzkrise von 2008/2009 propagierte Geldpolitik mit extrem niedrigen Zinsen und einer erheblichen Ausweitung der Geldmenge erlebt derzeit ein Comeback. Die Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, dass es nicht zu einer starken Zunahme der Konsumentenpreise kam. Im Gegenteil hielt sich die Inflation auf relativ niedrigem Niveau, sodass die EZB bislang ihr Inflationsziel von zwei Prozent nicht erreichen konnte. In einer Sonderfrage befragte das ZEW Finanzmarktexperten/-innen, wie sie die mittelfristige Inflationsentwicklung im Eurogebiet einschätzen. Die Medianprognose für 2020 sinkt auf 0,8 Prozent. 2021 soll die Inflationsrate auf 1,3 Prozent und 2022 auf 1,5 Prozent ansteigen. Selbst die relativ hohen Prognosen für das 80-Prozentquantil gehen für 2022 nicht über 2,0 Prozent Inflation hinaus. Von einem starken Anstieg der Konsumentenpreise kann nach Ansicht der Experten/-innen somit keine Rede sein.

Dr. Michael Schröder, michael.schroeder@zew.de

Rückgang der Erwartungen offenbart fortdauernde Unsicherheit



Für 47 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft sind die positiven und negativen Aspekte der DSGVO ausgeglichen. Für vier Prozent überwiegen die positiven, für 49 Prozent die negativen Aspekte.

Quelle: ZEW Konjunkturumfrage Informationswirtschaft

Die Unternehmen der deutschen Informationswirtschaft sind häufig unzufrieden mit der im Mai 2018 in Kraft getretenen EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Das zeigt eine Umfrage unter rund 600 Unternehmen der Informationswirtschaft, die das ZEW durchgeführt hat. In jedem zweiten Unternehmen überwiegen nach der zweijährigen Laufzeit die negativen Aspekte der Neuregelungen zum Schutz personenbezogener Daten. Nur für vier Prozent der Unternehmen überwiegen die positiven Aspekte. Besonders häufig hat die Einführung die Geschäftsprozesse der Unternehmen verkompliziert und zu einem hohen Arbeitsaufwand geführt. Unter den Teilbranchen der Informationswirtschaft schneidet die DSGVO bei den Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) noch am besten ab. Etwa 62 Prozent der IKT-Hardwarehersteller und 58 Prozent der IKT-Dienstleister geben an, dass positive und negative Aspekte ausgeglichen sind oder positive Aspekte sogar überwiegen. Bei den Medien- und wissensintensiven Dienstleistern teilt nur weniger als die Hälfte der Unternehmen diese Einschätzung.

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de



Konferenz zur Ökonomie der IKT

Das ZEW richtet am 2. Juli 2020 die 18. Konferenz zur Ökonomie der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) aus. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise wird die Konferenz in diesem Jahr online stattfinden. Bei der englischsprachigen Veranstaltung sollen verschiedene Aspekte dieser und weiterer Themenbereiche vorgestellt und diskutiert werden: Software- und Internetbranche, Telekommunikation und neue Medien, Internetdienste, E-Commerce, Digitale Märkte und Plattformen, Big Data sowie Fragen mit Blick auf die Digital Divide.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3018de

YES!-Regionalfinale Süd-West 2020

Am 1. Juli 2020 findet das Regionalfinale des Schülerwettbewerbs YES! via Zoom statt. Seit Ende vergangenen Jahres arbeiten die Schulteams aus Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland unterstützt durch das ZEW beim größten Schulwettbewerb Deutschlands an ihren Lösungsideen zu wirtschaftlichen Fragestellungen. An diesem Tag präsentieren die YES!-Teams aus der Region ihre Vorschläge. Danach entscheiden die Schülerinnen und Schüler, wer das Rennen macht und ins bundesweite Finale im September einziehen wird.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3171



Foto: ZEW

Wiederaufbaufonds: ein Solidaritätsinstrument

In ganz Europa hat die Corona-Krise schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Ausmaß und Art der Schädigung sind dabei von Land zu Land und von Region zu Region unterschiedlich ausgeprägt.

Die EU Kommission reagiert mit verschiedenen Instrumenten auf die vielfältigen Probleme, eine Systematik zeichnet sich langsam ab. Jetzt plant sie einen Wiederaufbaufonds.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron haben einen „Wiederaufbaufonds“ von 500 Milliarden Euro zur wirtschaftlichen Erholung Europas vorgeschlagen. Die Europäische Kommission hat die Initiative aufgegriffen und ein Konjunkturpaket in Höhe von 750 Milliarden Euro vorgelegt, das jetzt beraten wird. Eine erfolgreiche Reaktion auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise erfordert die Umsetzung problemorientierter Instrumente. Zu den akuten Baustellen in der europäischen Wirtschaft zählen: Solidarität - die Unterstützung derjenigen, die sehr schwer von der Krise betroffen sind; Stabilität - die Sicherung der Zahlungsfähigkeit für Unternehmen und Länder mit hohem Schuldenstand; Erholung - die Umsetzung einer effektiven Konjunkturpolitik.

Stabilisierungsinstrumente stellen Liquidität und Mittel für Unternehmen und Länder mit hoher Verschuldung sicher, damit sie gut durch die Krise kommen. Unternehmen werden dabei weitestgehend durch nationale Programme gestützt. Das neu aufgelegte Programm der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 25 Milliarden Euro ergänzt die nationalen Anstrengungen. Die Europäische Zentralbank hat ein gewaltiges Pandemie-Notfallankaufprogramm in Höhe von 1,35 Billionen Euro aufgelegt, um Risiken für die Finanzmärkte entgegenzuwirken. Diese Anleihekäufe tragen dazu bei, dass Länder, insbesondere solche mit besonders hohem Schuldenstand, in der Krise nicht vom Kapitalmarkt ausgeschlossen werden. Hinzu kommt das neu aufgelegte Programm des Europäischen Stabilitätsmechanismus, der 240 Milliarden Euro für Corona-Hilfskredite bereitstellt.

Solidaritätsinstrumente haben die Betroffenheit als zentrales Kriterium: Regionen und Wirtschaftssektoren, die stärker unter der Krise leiden, erhalten Unterstützung von den weniger Betroffenen. Das ZEW hat in einer Studie untersucht, was dies bedeuten könnte: Mittel würden an die Länder und Regionen fließen, in denen der Einbruch der Wirtschaftsleistung und der Anstieg an Arbeitslosigkeit größer ist. Demnach würden Griechenland, Italien und Spanien, und wenn man die Arbeitslosigkeit stärker gewichtet auch Bulgarien und Kroatien, relativ zu ihrer Wirtschaftskraft die meisten Hilfen bekommen.

Ein Konjunkturprogramm schließlich dient der Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, damit ansonsten brachliegende Kapazitäten wieder ausgelastet werden. Offen ist, in welcher Form und auf welcher Ebene die Ankurbelung der Konjunktur erfolgen wird. Ein europäisches Handeln ist vor allem dann sinnvoll, wenn dadurch ein zusätzlicher Mehrwert entsteht. Der Erhalt des europäischen Binnenmarkts ist für alle Mitgliedstaaten von Interesse. Dennoch, die Erholung der nationalen Wirtschaft liegt primär im nationalen Interesse. Der Europäische Wiederaufbaufonds ist in seinem jetzigen Planungszustand nicht zielgerichtet, da er die Solidarität zwischen mehr und weniger betroffenen Regionen mit der Stabilisierung der hochverschuldeten Länder und einer Ankurbelung der Konjunktur kombiniert. Abgesehen davon soll der Fonds die Basis für den European Green Deal bilden, sowie an die Einhaltung der länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission geknüpft werden. Mit dieser Vielfalt an Anforderungen läuft er Gefahr, keinem der Ziele gerecht zu werden. Der EU-Rat wäre gut beraten, bei der weiteren Ausarbeitung des Fonds konsequent zu sein: Der Wiederaufbaufonds ist ein Solidaritätsinstrument. Daher sollten die Mittel an besonders betroffene Regionen und Sektoren als Zuschüsse vergeben werden.

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'Achim Wambach'.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach Ph.D.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Carola Hesch, Telefon +49 621 1235-128 · carola.hesch@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2020